SDA-Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30. Oktober 2023 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat die neuen Grundlagen für den elektronischen Geschäftsverkehr mit und unter den öffentlichen Organen in der zweiten Lesung mit 167 zu 0 Stimmen verabschiedet (5853). Mit dieser Revision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes können Leistungen gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft vollständig elektronisch erbracht werden.

Der Kantonsrat hat das Postulat der GLP zur Digitalstrategie für den Kanton ohne anderen Antrag abgeschrieben (5788). Der Regierungsrat hat in seinem Bericht den aktuellen Stand der Digitalisierung in der Verwaltung dargelegt und erklärt, auf eine Dachstrategie zu verzichten, weil er nicht die Autonomie der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure beschränken wolle.

Der Kantonsrat hat die parlamentarische Initiative der Grünen für die Einsetzung des Bezirksgerichts als Beschwerdeinstanz für KESB-Entscheide mit 117 zu 51 Stimmen abgelehnt (KR-Nr. 234/2017). Die Frage der Instanzen wird aber in der angekündigten Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht nochmals Thema sein.

Der Kantonsrat hat mit 109 zu 0 Stimmen den Rahmenkredit von 16,8 Millionen Franken für das Theater Kanton Zürich für die kommenden vier Spielzeiten genehmigt (5906). Ein Antrag, die zusätzlichen Mittel für die Fortsetzung des Angebots für Kinder und Jugendliche nicht zu gewähren und den Kredit damit auf 15 Millionen Franken zu beschränken, war zuvor mit 96 zu 75 Stimmen abgelehnt.

Der Kantonsrat hat mit 143 zu 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen ein Postulat der FDP überwiesen, mit dem er den Regierungsrat auffordert zu prüfen, wie eine Gemeinde freie, nicht zweckgebundene finanzpolitische Reserven bilden kann, auch wenn sie diese nicht im ordentlichen Budgetprozess budgetieren konnte (KR-Nr. 438/2020). Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, einen Bericht dazu vorzulegen.

Der Kantonsrat hat mit 121 zu 49 Stimmen eine Motion der SVP abgelehnt, die bei der Untersuchung von Sexualdelikten den Beizug von Sachverständigen vorsieht (<u>KR-Nr.</u> 159/2021). Die Mehrheit hielt dies nicht für das geeignete Mittel, um die Sachverhalte besser aufklären zu können.

Der Kantonsrat hat ein Postulat der Grünen, mit dem ein Konzept zu Massnahmen für die Medienvielfalt und -qualität verlangt wurde, mit 108 zu 65 Stimmen abgelehnt (<u>KR-Nr.</u> 206/2021).

Der Kantonsrat hat die Regierungsratsantwort zu einer Interpellation in Zusammenhang mit einem Kunstobjekt zum Fall Brian K. zur Kenntnis genommen (<u>KR-Nr. 345/2021</u>). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 30. Oktober 2023 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat in erster Lesung die Ablösung des fast 110 Jahre alten Gründungsvertrags der Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) durch einen Aktionärsbindungsvertrag und eine Eignerstrategie behandelt. Er hat einen

Rückweisungsantrag klar abgelehnt und die entsprechenden Gesetzesänderungen mit Vorgaben für die Zürcher Vertretung im Axpo-Verwaltungsrat ergänzt, etwa hinsichtlich der Einhaltung der Klimaziele oder der finanziellen Risiken der Geschäftstätigkeit im Ausland (5813). Der endgültige Entscheid fällt in der Schlussabstimmung an einer der kommenden Sitzungen.

Der Kantonsrat hat ein Postulat, mit dem die EDU dem Humus-Tourismus Einhalt gebieten wollte, mit 82 zu 78 Stimmen abgelehnt (<u>KR-Nr. 202/2022</u>).

Der Kantonsrat hat ein Postulat, mit dem die GLP die Massnahmen zur Begrünung sowie Kühlung und Lüftung der Schulen verlangt, mit 88 zu 69 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen, der nun innert zweier Jahre Bericht erstatten wird (KR-Nr. 239/2022).

Der Kantonsrat hat mit 107 zu 44 Stimmen ein Postulat gutgeheissen, mit dem die Grünen Grundlagen für Grünabfallsammlungen und -verwertungen für Biogas und Kompost in den Gemeinden fordern (KR-Nr. 344/2022). Der Regierungsrat wird innert zweier Jahre einen Bericht vorlegen.

(sda/fsi.)